

Bezugs-Preis
In der Hauptpoststelle über deren Empfängerstellen abgegeben: vierstelliglich A 3.-, bei gewöhnlichen Poststellen vierstelliglich A 3.-, bei durch die Post bezeugten für Deutschland u. Österreich vierstelliglich A 4.-, für die übrigen Länder zwei Bezugspreistafeln.

Diese Nummer kostet
auf allen Poststellen und
bei den Bezugsposten 10 Pf.

Siedlung und Expedition:
155 Herausgeber 222

Sohnenstraße 8.

Gauß-Haus: Dresden:

Marienstraße 54

Berlitzsche Kust 1 Nr. 1713.

Gauß-Haus: Berlin:

Karlstraße 10

Bezugsposten Kust VI Nr. 4600.

Leipziger Tageblatt

und Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Mittwoch 19. Juli 1905.

Nr. 362.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der preußische Justizminister hat wegen des Abschlusses der katholischen Verbündung "Wiftria" durch den Außenminister amtielle Berichterstattung eingefordert.

* Im englischen Unterhaus wurde gestern wegen des angeblichen Rauchs einer Koblenzgrube in Wales durch eine deutsche Gesellschaft interpelliert; der Staatssekretär Preysing man sagte, er glaube nicht an das Auftauchen des Rauchs.

* Die russische Regierung hat die höchsten Stellen der Verwaltung Finnland mit einheimischen Beamten neu besetzt. (S. Ausland.)

* Der Kommandant der Festung Warschau, Generalmajor Plekwe, ist zum Kommandeur des 13. russischen Armeekorps ernannt worden.

* Der Chef des russischen Marinestabes demonstriert die Wehrung, daß auf dem Linienkreuz "Imperator Alexander II." ein Aufmarsch der Matrosen stattgefunden habe.

* Nach einer Weltung aus Shanghai haben die Japaner 50 ausländische Schiffe zur Expedition gegen Vladivostok angezogen; japanische Torpedoboote bereiten die Landung von Truppen vor. (S. russ.-japan. Krieg).

Neue Siege des Klerikalismus.

Was sich jetzt in Süddeutschland begibt, ist ganz geeignet, das tolze Hochgefühl des Klerikalismus noch mehr zu blühen, alles, was liberal ist, sonst allem, was protestantisch ist, mit Trauer und Sorge zu erfüllen. Welche Wandlungen hat Deutschland seit 1870 durchgemacht! Damals wollte der Klerikalismus unter Führung des verbliebenen Partikularisten Jörz, daß trotz des Angriffs Frankreichs der *cousin foederis* mit dem Norddeutschen Bund als nicht vorhanden angesehen werden sollte. Man wollte den verbliebenen Norden, der 1866 über Österreich und Süddeutschland gesiegt hatte, in dem voransichtlichen Niederschlag allein lassen. Man wäre wohl gar gern dieselben Wege gegangen, die in Österreich Vorsicht vorbereitete; man hätte wohl gern die Gelegenheit benutzt, um den Prager Frieden wieder rückgängig zu machen und auf Kosten des zu besiegenden Preußen einen deutschen Bund unter österreichischer Führung herzustellen. Das alles scheiterte an dem patriotischen Sinn des bayerischen Volkes und seines Königs. Der Liberalismus hatte eine große Machtstellung, die sich auch während der ganzen siebziger Jahre noch erhobt. Selbst der Kulturmarsch konnte sie nicht erschüttern. König Ludwig II. war ein eigenartiger Monarch, aber den Klerikalen wollte er niemals die Herrschaft überlassen. Als 1886 sein tragischer Tod eintrat, glaubten viele Leute, jetzt breche die Herrschaft des Ultramontanismus in Bayern an. Dem Prinz-Regenten Uthbold erwartete man bestimmt eine solche Wendung. Allein auch das war vorläufig eine Täuschung. Die Siege des Zentrums kamen von einer ganz anderen Seite, vom Reiche durch die Entfernung der wirtschaftlichen Gegner, von Preußen durch die Aushebung der Maigehöfe. Der Prinz-Regent hielt noch länger als ein Jahrzehnt das dem Klerikalismus gegenüber ganz selbständige Ministerium am Ruder. Erst als Freiherr v. Bodenius an die Stelle des Herrn v. Treitschke trat, sah man den Schatten des Klerikalismus auf der Wand erscheinen. Die Wendung wurde zwar abgelehnt, wie das ja bei jedem Ministerwechsel zu geschehen pflegt, aber die Taten bewiesen nur zu bald, wie sehr eine solche in vollem Gang war.

Das Reich über die Umgestaltung des Wahlrechts, das das Ministerium Bodenius dem letzten Landtag vorlegte, sollte das Mittel zur Ausführung des Planes sein. Es sollte dem Zentrum eine dauernde Herrschaft bringen. Doch war die liberale Partei — vernünftigerweise hatte sie sich für die bayerischen Verhältnisse gänzlich geeinigt —, obwohl in der Minderheit, stark genug, das Gesetz zu Fall zu bringen, da es nur mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden konnte. Der Sieg über den Entwurf sollte nur von kurzer Dauer sein. Das Ministerium genügte innerhalb der Grenzen seiner eigenen Machtvollkommenheit dem Zentrum die bestehende Mehrheit umzuwerfen. Der König ist einer der liberalsten Fürsten Deutschlands. Sein Ministerium steht sogar mit der demokratischen Volkspartei auf bestem Fuße. Gern würde er in die dringend verlangte und dringend notwendige Verfassungsänderung einwilligen, die den fristig aufgeblühten Städten Stuttgart, Cannstatt, Heilbronn, Ulm zu einer ihrer Bedeutung angemessenen Wahlmacht verhelfe. Aber es nützt ihm nichts. Das Zentrum verhindert alles durch die Erste Kammer.

So hat sich denn das Zentrum zum Herrn über den Reichstag, zum Herrn über die süddeutschen Landtage emporgeschwungen. Nicht als je ist es die entscheidende Gewalt in ganz Deutschland geworden. Und dabei ist es selber zugleich reaktionärer geworden als in früheren Zeiten. In den siebziger Jahren und selbst in den achtzig Jahren hatte es noch einen gewissen demokratischen Ansatz. Es kämpfte bisig gegen die Regierungen und wandte sich zu dem Zweck an die Volksmassen. Viele Bedrohung der Verfassung, der Vollrechte fand das Zentrum auf den Schulen. Es hielt sich den Anwalt der Steuerzahler, definierte neuen Verkehrsvertrag und neue Rollen. Das ist zu erheblichem Teile anders geworden. Gegen konfessionelle Begünstigungen ge-

währt es Schiffe, Regimenter, neue Steuern. Auf die Kulturverwaltung in Preußen hat es einen entscheidenden Einfluß. An Fortschritte in geistiger Freiheit ist nicht zu denken. Dem Zentrum zu Liebe werden die Hochschulen in einem das Studium störenden Anteilstatt gestützt. Nur wenn es auf Kosten des Unternehmenswesens geht, namentlich des protestantischen, erinnert sich das Zentrum mit einemmal der volksfreundlichen Seite seines Januskopfes, und dann kann es auch nach dieser Seite große Zugeständnisse machen.

Der Stand der Dinge ist in hohem Maße schuld der protestantischen Mehrheit. Wenn sie sich halten in konervative, liberale und sozialdemokratische Bestandteile, die sich untereinander wütender bekämpfen als die geistige Reaktion des Ultramontanismus, so kann es am Ende nicht anders kommen als es gekommen ist. Gemeinsame Kämpfe der schwarzen geistigen Unfreiheit, das ist allmählich die dringendste Aufgabe der Zeit geworden.

Samoa genommen hat, und an dem Umsturze, daß dort nun statt Briefen und Freundschaft Unerlaubte und Band eingezogenen und wohl noch einige Zeit dienten wird. Ob es bei den neuen Kolonien auf Samoa ohne Unterdienst unter den Eingeborenen abrücken wird, ist schwer zu sagen. Die Anzahl der von ihnen für diese eingesetzten ist gegen die Eingeborenen verschwindend zu nennen, wie ausgewesene Kraft und Geduld würden den Europäern und viele auch den Eingeborenen für merkliche Widerstände zwischen dem Gouverneur und einem großen Teil der Bevölkerung.

*

Berlin, 18. Juli.

* Reichshofrat und Gemeinden. Die Frage der Besteuerung des Reichshofrats durch die Gemeinden ist so wie das Reich selbst. Beantwortet ist sie bisher nicht, obgleich schon in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vielfach kommunalische Verhandlungen zwischen den zuständigen Reichsbehörden zur Herstellung eines die Angelegenheiten regelnden Rechtsgewurfs stattgefunden haben. Neuerdings sind die Erörterungen auf diesem Gebiete wieder aufgenommen. Es ist jedoch mehr als wahrscheinlich, daß sie nicht in kürzer Zeit zu einem Ergebnis führen werden. Da die Zukunftszzeit wird das schon seit Jahren betriebene Ausbauprogramm, nämlich den Gemeinden, die infolge reichsföderalistischer Anlagen besondere Ausgaben haben, durch den Erat Entlastungen zu gewähren, weiter gehandhabt werden. Im Reichshaushaltstat für 1906 läßt dabei zur infolge einer Erweiterung vorgenommen werden, als die Zahl der Gemeinden mit Einschluß der bebauten Gemeinden, die sich um Areal und Wohlfahrtsdienst gruppieren, durch die Gemeinde Spandau vermehrt werden dürfte. Wenngleich sind Verhandlungen im Gange, um auch dieser Gemeinde, die schon Jahreherum hindurch, bisher nichts verzeihlich, um eine solche Einschließung einzutreten, die ihr durch reichsföderalistische Anlagen aufgedrückt befinden, Rechte auf dem Landweg zu erheben. Was darf wohl um so mehr damit reden, daß im Reichshaushaltstat für 1906 ein darauf bezüglicher Vorschlag erscheinen wird, als der Staatssekretär des Reichsgerichts sich einer solchen Regelung geneigt gezeigt hat.

* Gegeen den Mädchenhandel. Das bereits seitens erwähnte internationale Abkommen gegen den Mädchenhandel ist zwischen Deutschland, Dänemark, Spanien, Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweden und Norwegen, der Schweiz und Spanien. Die Ratifikationserklärung bei der spanischen Regierung ist eingegangen. Im Reichstag ist gegen das Protokoll, das die damalige Regierung die Erfahrung obwohl sie erst für Island und die baltischen Küstengebiete gemacht hat, welche sie jetzt für das Land und die baltischen Küstengebiete der spanischen Regierung unter dem 22. Juni 1906 übermittelt. Der erste - Dänemark, welches das Abkommen nicht unterzeichnet hat, ist ihm am 18. Januar 1906 durch einen neuen Artikel 7 abgesetzte Erfahrung beigegeben, ebenso Spanien am 12. Mai 1906. Die grundlegenden Bestimmungen des Abkommen sind in folgenden Artikeln enthalten:

Artikel 1. Jede der betroffenen Staaten verpflichtet sich, eine Behörde zu errichten oder zu bestellen, der es obliegt, alle Rechtsgaben über Ausbeutung von Frauen und Mädchen zu fördern, der Klage im Falle einer Sache zu kommen; diese Behörde soll das Recht haben, mit der in jedem der anderen betroffenen Staaten errichteten gleichartigen Verwaltung unmittelbar zu verkehren.

Artikel 2. Jede der Regierungen verpflichtet sich, Überwachung ausüben zu lassen, um insbesondere auf den Betrieben, in den Einrichtungen und während der Fahrt der Besitzer von Frauen und Mädchen, welche der Klage unterliegen, gegen sie ausübt, aufzuhören zu machen. Zu diesen Zwecken sollen an die Personen, über alle jenseits der betroffenen Staaten eröffnet werden, um innerhalb der gegebenen Grenzen alle Nachrichten zu gewinnen, die gegeben sind, auf die Seite eines verdeckten Geheimstreiters zu führen. Die Anzahl von Personen, welche offenbar Besitzer, Gehilfen oder Diener eines jenen Geheimstreiters zu sein scheinen, soll gegenfalls den Behörden des bestimmten Krieges für eine bestimmte Anzahl von Personen befreit werden, ohne jedoch die entsprechenden Grenzen zu überschreiten.

Artikel 3. Die Regierungen beschließen sich, gemeinschaftlich innerhalb der gegebenen Grenzen die Ausübung der Rechten und Pflichten freiem Staatsangehörigen, die sich der Länderei dienen, aufzunehmen zu lassen, um ihre Identität und ihre Verbindung mit dem bestimmt darin bestehenden Land zu feststellen, und um ermittelt, wer sie zum Heimatland ihrer Heimat bestimmt hat.

Die eingesetzten Behörden sollen den Behörden des Heimatlandes der betroffenen Frauen und Mädchen befreit ihrer etwaigen Heimkehr mitgeteilt werden. Die Regierungen beschließen sich, innerhalb der gegebenen Grenzen und, soweit es geschehen kann, die Diener eines verdeckten Geheimstreiters, wenn sie von Mitteln entführt sind, aussichtslos oder drohend Unterdrückung und Verfolgung, welche die überbetrieblichen Sicherheiten bieten, im Hinblick auf etwaige Heimkehr und Rückkehr angenommenen. Die Regierungen verpflichten sich auch innerhalb der gegebenen Grenzen nach Möglichkeit diejenigen unter diesen Frauen und Mädchen nach ihrem Heimatland zurückzuführen, welche ihre Heimkehr nachzuholen, oder welche von Personen, unter deren Gewalt sie stehen, bestrebt werden sollten. Die Heimkehr muss sich entweder werden noch Verhinderung über die Identität und die Staatsangehörigkeit sowie über den Ort und der Zeitpunkt der Ankunft an den Grenzen. — Jedes der betroffenen Staaten soll den Durchgang durch sein Gebiet erleichtern. Der Schriftwechsel über die Heimkehr soll, soweit wie möglich, auf unmittelbare Weise erfolgen.

* Die Folge im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen. Der vereitete sein 25jähriges Regierungsjubiläum feiernde Fürst Karl Günther von Schwarzburg-Sondershausen lebt, wie schon mitgeteilt, in hinterster Ecke und steht im Leben zurück. Zur Regelung der Thronfolge hat das Fürstliche Haus von Schwarzburg-Sondershausen mit Schwarzburg-Rudolstadt einen Vertrag geschlossen, der Konstitutionen der lipischen Art ausbildung. Nach der "Sölden-Ara" wurde beim Ableben des regierenden Fürsten von Rudolstadt Prinz Otto von Schwarzburg zur Regierung berufen sein, während nach dem Ableben des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen zunächst dessen Bruder Sophie und nach dessen Ableben erst die Fürstliche Linie zur Regierung im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen gelangte. Es bleibt die Frage, ob, wenn beide Fürstenkinder einmal verstorben sind,

Anzeigen-Preis
die 8seitige Petze 25.
Familien-
und Stellen-Anzeigen 20.
Haus- und Geschäftsanzeigen unter
Legt über es beiderer Seite nach Tafel.
Die 4seitige Petze 15.

Annahmestellung für Anzeigen:
Abend-Ausgabe, nachmittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind nicht an die Ausgabe zu richten.
Gesetzestexte sind nur an der Regierung auszulegen.
Die Ausgabe soll beiderer Seite nach Tafel.

Die Ausgabe
ist wochentlich zweimalig geöffnet von
fünf 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von A. Voigt in Leipzig
Unt. Dr. C. A. & W. Künhardt.
Herausgeber: Dr. Victor Künhardt.

99. Jahrgang.

Samoa genommen hat, und an dem Umsturze, daß dort nun statt Briefen und Freundschaft Unerlaubte und Band eingezogenen und wohl noch einige Zeit dienten wird. Ob es bei den neuen Kolonien auf Samoa ohne Unterdienst unter den Eingeborenen abrücken wird, ist schwer zu sagen. Die Anzahl der von ihnen für diese eingesetzten ist gegen die Eingeborenen verschwindend zu nennen, wie ausgewesene Kraft und Geduld würden den Europäern und viele auch den Eingeborenen für merkliche Widerstände zwischen dem Gouverneur und einem großen Teil der Bevölkerung.

Der russisch-japanische Krieg.

Japanische Pläne gegen Wladivostok.

Eine Shanghaier Drabbing des "Daily Express" vom 17. Juli besagt, Japan habe längst eine große Flottille Schiffe gegen 50 ausländische Schiffe seines Kriegsgegners bestellt, um die geistige Reaktion des Ultramontanismus, so kann es am Ende nicht anders kommen als es gekommen ist. Gemeinsame Kämpfe der schwarzen geistigen Unfreiheit, das ist allmählich die dringendste Aufgabe der Zeit geworden.

Die Bedingungen.

Eine japanisch-amerikanische Gesellschaft ist, wie aus Paris gemeldet wird, zur Beroberung der Naturprodukte von Samoa in der Bildung begriffen. Die japanische Regierung würde, so heißt es, eine Reihe von Jahren fixierte Summe in Annuitäten von der gesuchten Gesellschaft erhalten, und diese Kombination würde es Japan möglich machen, auf diese Weise Friedensschluss mit Japan einzugehen, und die Kombination würde es Japan möglich machen, auf diese Weise Friedensschluss mit Japan einzugehen, und die Kombination würde es Japan möglich machen, auf diese Weise Friedensschluss mit Japan einzugehen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 18. Juli.
* Die Zustände in Samoa. Die "S. S." schreibt in einer Befragung der Verbündeten Samoa, daß die neuesten über das Ausland hierher gelangten Nachrichten zu Befestigungen nicht Anlaß geben. Auch in amtlichen Kreisen habe man keinerlei Grund für die politische Entwicklung der Insel Samoa befürchtungen zu beginnen. Das Blatt fügt fort:

Der Gouverneur Solf wird nun vermutlich noch einige Monate, da er geschäftig von Neu-Seeland zurückkehrt, in seinem Dienste Dienst wahrnehmen, und was dort wohl wieder annehmen, daß es ihn, der dieser so verzögert und weit geborenen Feind wurde und schreibt in überzeugender Weise, die frühere Friedensunterhaltung unter den Eingeborenen soll es erfordern endlich, unter Einwendung einiger Unzulänglichkeiten, ohne besondere Schwierigkeiten vornehmen zu müssen. Schwieriger wird es ihm, die unter den Deutschen in Samoa leiden einzelne Parteien und Bevölkerung aus der Welt zu schaffen. Dieser Ließland ist nach dem genannten Blatte in seinen Anfangen auf die Gründung der neuen Pflanzungsgesellschaften in Samoa zurückzuführen. Die Samos in die Epoche der überreichen Pflanzungsgesellschaften eintrat, bei denen der Umlauf bezeichnet ist, daß die Hauptgründer mit Samoa gar nicht oder nur ganz ungenügend bekannt waren, entweder sich selbst oder den Eingeborenen, die unter dem Namen des Worts, mit einer gutarteten, friedlichen und schönen Bevölkerung, ruhig und für eine Kolonie, die an sich nicht als besonders vielversprechend bezeichnet werden darf, in durchaus bestreitender Weise. Den gewöhnlichen Käuflein und Saat gab es zwar, wie in der Ersten Kammer haben sie ihre feste Position. Die katholischen Standesherren, die Händler des ehemals selbständigen kleinen fiktiven Samos, sind dort so zahlreich, daß sie jeden Weißbau beherrschen. Und die Krone hat nicht wie in Preußen die Macht, durch einen Balkenschub die bestehende Mehrheit umzuwerfen. Der König ist einer der liberalsten Fürsten Deutschlands. Sein Ministerium steht sogar mit der demokratischen Volkspartei auf bestem Fuße. Gern würde er in die dringend verlangte und dringend notwendige Verfassungsänderung einwilligen, die den fristig aufgeblühten Städten Stuttgart, Cannstatt, Heilbronn, Ulm zu einer ihrer Bedeutung angemessenen Wahlmacht verhelfe. Aber es nützt ihm nichts. Das Zentrum verhindert alles durch die Erste Kammer.

Wir wollen hoffen, daß wir in diese Zeit zahlreiche Entwicklungen wieder hinzugeben werden, und wollen uns nicht irre machen lassen durch die formidablen belgischen Angreife gegen die Verwaltung und die immer wieder obige wirtschaftliche Untergründung auf dem Gebiete des Zentrums. Es kommt nicht nur die Belastung der Eingeborenen, sondern auch die Belastung der Deutschen, die sich der Länderei dienen, auf die Seite eines verdeckten Geheimstreiters zu führen. Die Anzahl der von ihnen für diese eingesetzten ist gegen die Eingeborenen verschwindend zu nennen, wie ausgewesene Kraft und Geduld würden den Europäern und vielen auch den Eingeborenen für merkliche Widerstände zwischen dem Gouverneur und einem großen Teil der Bevölkerung.